

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 21

Charlottenburg, Freitag, den 22. Mai 1908

Jahrg. 35

Sperrn

Vollsperrn in Deutschland: Blechhammer bei Sonneberg. Cortendorf. Dresden (Brammler & Co.). Grohn-Begefac. (Neue Wandplatten-Fabrik). Neuhaus a. Rennweg (Noack & Buhl). Höhr. Kranichfeld. Lauf. Reichenbach (Schwabe). Selb (L. Gutschenreuther inkl. Firma Jäger & Werner). Stogheim. Mannheim.

Halbsperrn in Deutschland: Alexandrinental (Recknagel). Bonn (Mehlem). Flörsheim a. M. Gräfenroda (Heene, Eckert & Menz). Königszell. Neuhaldensleben (Hubbe). Oeslau. Passau. Rudolstadt (Schäfer & Vater). Schaala. Scheibe. Schlierbach. Stanowitz. Tettau. Triptis.

Sperrn in Oesterreich: Altrohlau (Gottl & Lorenz). Briesen (Nestler). Brünn. Fischern (R. Knoll, Rudolf Gottl). Eichwald u. Hohenstein (Bloch). Meierhöfen bei Karlsbad (Gebr. Benedikt). Merckelsgrün. Prag (für Industrie- und Figuren-Maler). Turn (Urbach und Rießner & Kessel).

Finanzreform und Verschmelzung.

II.

= Damit war im vornherein zu rechnen gewesen, daß der Vorstands-Antrag, der die Neuordnung der Beiträge und Unterstützungen vorsieht, auf den lebhaftesten Widerspruch in den Mitgliederkreisen stoßen würde. Bedeutet doch dieser Antrag einen Bruch mit der alten Ueberlieferung und faßt er zum ersten Mal in dieser durchgreifenden Weise eine Beitrags-Erhöhung mit einer Unterstützungs-Ermäßigung zusammen. Das mußte reichlich Veranlassung dazu bieten, die Mitglieder in eine heftige Opposition dagegen zu drängen. Hinzu kommt noch, daß in dem ersten Moment der Erregung bei den Mitgliedern das Gefühl der allgemeinen Unsicherheit, geschaffen durch die wirtschaftliche Krise, trat. Ehe man vielleicht den Vorstands-Antrag in bezug auf seine ungemein große Bedeutung für die Festigung des Verbandes im allgemeinen prüfte, fragten sich wohl die meisten Mitglieder, welcher Schaden ihnen persönlich aus dieser Neuordnung entstehen könnte. Dieses erste Berücksichtigen persönlicher Interessen wollen wir den Mitgliedern keineswegs vorwerfen. Kein Mensch wird sich von der Rücksicht auf sich und seine eigenen Interessen frei machen können. Taucht vor uns irgend eine Gefahr, etwas Neues auf, so werden wir unsere Stellung dazu im ersten Augenblick stets in Rücksicht auf unsere persönlichen Wünsche und Verhältnisse einrichten. Erst nachher, wenn man die Sache ruhiger, eingehender betrachtet, wenn sich das Gefühl organisatorischer Gemeinschaft mit Anderen dazu gesellt, wird man auch zu einer anderen Auffassung kommen. Die persönlichen Rücksichten treten zurück. Man fragt nicht mehr: Wird mir die Neuordnung schaden? Sondern man entscheidet darnach ob das Neue der Allgemeinheit, in diesem Falle der Organisation, dienlich ist. So nehmen wir denn auch mit Bestimmtheit an, daß die Mitglieder den Vorstands-Antrag sachlich prüfen und seine Abschätzung im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung des ganzen Verbandes vornehmen werden. Tun sie das, dann können auch Zeitfragen, wie die Krise sie auf-

wirft, nicht beeinflussend wirken. Auch damit darf man dann die Finanzreform nicht verquicken, daß man sich auf den Standpunkt stellt zu sagen: Wie kommt der Vorstand dazu, die Unterstützung der Mitglieder kürzen zu wollen, während die Gehälter der Beamten erhöht werden sollen? Das erweckt stets den Anschein, als ob Mitglieder und Beamte in der Organisation sich widerstrebende Elemente wären, jedes bereit und gewillt, den Verband nur für sich auf Kosten des anderen Teils auszunutzen. Solche Gedanken sollte man gar nicht aufkommen lassen, sondern erkennen, daß Beamte, die doch nur die Vertrauensleute der Mitglieder sein können, mit den Mitgliedern zusammen arbeiten müssen, sich aber niemals entgegen stehen können. Folgt man dieser Auffassung, dann wird man auch frei von der unrichtigen Voraussetzung, daß dieser Vorstands-Antrag nur von dem Willen geboren wurde, die Mitglieder schädigen zu wollen. Maßgebend für die Empfehlung dieses Antrages durch den Vorstand ist allein das Wohl des Verbandes.

Wenn irgend etwas aus diesem Gefühl heraus gegen den Antrag eingewendet werden kann, dann ist es das, daß er noch nicht weit genug geht. Das Ideal der gewerkschaftlichen Unterstützung — namentlich der Streit- und Maßregelungsunterstützung — ist zweifellos, dem streitenden oder ausgesperrten Kollegen den vollen Betrag seines bisherigen Lohnes als Unterstützung auszahlen zu können. Aber ehe wir so weit kommen, müssen wir mit dem Möglichen rechnen. Und da wäre das zunächst zu Fordernde, daß man die verschiedenen Unterstützungsklassen und Beiträge zusammenfaßt in zwei Klassen. Doch auch damit dürfte einstweilen noch nicht zu rechnen sein. Das bedingte einen totalen Umsturz unserer heutigen Einrichtungen im Verbands, für den die Mehrheit der Mitglieder wohl auf keinen Fall zu haben sein dürfte. Darum muß man sich an das Erreichbare halten und versuchen, was sich aus dem Bestehenden machen läßt.

Nun ist ja keineswegs zu leugnen, daß der vorliegende Antrag den Mitgliedern gewisse Nachteile bringt. — In erster Linie steht er das Obligatorium der Krankenversicherung vor. Dieses Obligatorium wurde zwar schon auf der letzten Generalversammlung geschaffen, aber es geschah dies doch nur in äußerst milder Weise. Daß sich dieses halbe Obligatorium nicht halten lassen würde, sondern zu einem ganzen sich auswachsen mußte, war ebenfalls voraus zu sehen. Die freie Wahl der Klassen mußte zu einer fühlbaren Verschiebung des finanziellen Gleichgewichts führen. Nun aber ist ja auch im Verband die Zwangsversicherung in der Praxis hinfällig geworden. Es ist darum umso weniger daran zu denken, daß im Notfalle einmal die Verbandsbeiträge für die Krankenunterstützung herangezogen werden könnten. Aber es hat doch immerhin jedes Mitglied ein Interesse daran, im Verband nicht zu niedrig versichert zu sein, in der Krankenkasse dagegen ist man erforderlichen Falles nur in den niedrigsten Stufen. Künftig soll das anders sein. Dem Verbandsbeitrag entspricht auch der Krankenkassenbeitrag, die beide zu einem zusammen gezogen würden. Für einzelne Mitglieder wird das unzweifelhaft eine Erschwernis bedeuten, für den Verband aber ist es ein Vorteil. Ebenso wird die allgemeine Erhöhung der Beiträge in den drei höchsten Klassen um je fünf Pfennige den Mitgliedern als ein umso größerer Nachteil erscheinen, als dem eine gewisse Unterstützungs-Ermäßigung gegenüber steht. Auch sollen die ersten sieben Tage der Unterstützungsfähigkeit bei der Erwerbslosen-Unterstützung unberücksichtigt bleiben, in Streitfällen werden die ersten drei Tage nicht mitgerechnet. Ebenso werden die Prämien für längere

Mitgliedschaft in Fortfall kommen. — Wir lassen ohne weiteres gelten, daß diese den Einzelnen treffenden Einbußen recht schwer wirkende sind. Aber einzelne dieser Forderungen wurden doch auch schon von den Mitgliedern selbst erhoben. So der Fortfall der Prämien, die Beitrags-Erhöhung, das Zusammenfassen der Verbands- und Krankenkassenbeiträge. Und hierzu kommt, daß, um andere Wünsche der Mitglieder erfüllen zu können, auf der anderen Seite Abstriche gemacht werden mußten.

Ferner darf man aber auch nicht verkennen, daß diesen persönlichen Nachteilen der einzelnen Mitglieder auch wesentliche Vorteile für den Einzelnen durch diesen Antrag gegenüberstehen. Da sind in erster Linie die Ausdehnung der Unterstützung auf 20 Wochen, die Erhöhung des Zuschusses für Kinder auf das Doppelte, die wesentliche Verbesserung in bezug auf das Sterbegeld zu nennen. Ein alter Wunsch der heimarbeitenden Kollegen auf Arbeitslosenunterstützung geht ebenfalls durch diesen Antrag in Erfüllung. Hinzu kommt die Einführung der Feiernunterstützung. Also, den angeführten persönlichen Nachteilen stehen in der Tat wesentliche Vorteile gegenüber, die nicht nur der Allgemeinheit, sondern auch dem Einzelnen zuteil werden. — Hinzu kommen dann ferner die Vorzüge, die dieser Antrag für den Verband als solchen in sich birgt. Wir wollen hier die Möglichkeit der finanziellen Besserung noch gar nicht einmal zu stark unterstreichen. Es muß — gerade wegen der Einführung der neuen Unterstützungszweige — abgewartet werden wie sich der finanzielle Effekt gestalten wird. Aber fest steht ohne weiteres, daß durch diese Vorschläge eine wesentliche Vereinfachung und damit eine Vereinfachung unseres äußerst komplizierten Unterstützungsapparats herbei geführt wird. Das Markensystem wird mit einem Schlage ermöglicht. Es bringt der Hauptkasse wie den Zahlstellenkassierern bedeutende Erleichterungen. Die Abrechnungen in den Zahlstellen wie die geübten Kontrollen werden einfachere, übersichtlichere werden. Durch das Aufgehen der verschiedenen Unterstützungen in die Erwerbslosenunterstützung ist von selbst der Weg geebnet, den Zahlstellenverwaltungen hinsichtlich der Gewährung der Unterstützungen größere Freiheiten einzuräumen. Verschiedene von den Mitgliedern unangenehm empfundene Kontrollmaßnahmen können fort fallen. Eine ganze Reihe von alten Wünschen der Mitglieder werden auf diesem Wege zu erfüllen sein.

Das alles möge man bei der Prüfung des Vorstandsantrages und bei der Kritik darüber berücksichtigen, und so mancher Kollege wird dann zu dem Schluß kommen, daß diese Vorschläge gar nicht das in sich bergen, was die etwas zu starke Rücksichtnahme auf die persönlichen Rechte und Wünsche des Einzelnen die Kollegen befürchten ließ.

Aber in dem Vorstandsantrag liegt noch ein nicht zu verkennender Vorteil. Abgesehen von den Vorteilen für den Einzelnen, für den Verband und seine finanzielle Gesundheit, scheint uns der größte Vorzug dieses Antrages der zu sein, daß er den Weg zur Verschmelzung unseres Verbandes mit den Organisationen der Glasarbeiter und Töpfer gangbar macht. Das werden wir in dem nächsten Artikel zu beweisen versuchen.

4. Kongreß der deutschen Krankenkassen.

Zu einer mächtigen Demonstration gegen die beabsichtigte Einschränkung des Selbstverwaltungsrechts der Krankenkassen wurde der vierte Kongreß der Krankenkassen Deutschlands, der am 11. und 12. Mai in den Germaniasälen in Berlin tagte.

Schon die Vertreterzahl wies auf die hohe Bedeutung dieser Tagung für die Krankenkassen hin. 704 Kassen waren durch 1115 Delegierte vertreten. Unter den Kassen sind 566 Ortskrankenkassen, 25 Innungskrankenkassen, 96 Betriebskrankenkassen, 77 freie Hilfskassen und einige Knappschaftsvertreter aus den Reihen der Aeltesten von den Knappschaftskassen Rheinland-Westfalens und Sachsens. Ein knappes Drittel der Delegierten sind Arbeitgebervertreter. Die Kassen umfassen zusammen über 7 Millionen Versicherte. Von der luxemburgischen Regierung ist ein Vertreter erschienen. Den deutschen Reichsbehörden wie den preussischen Staatsbehörden, welche ebenfalls zur Teilnahme eingeladen waren, fehlte es an der Zeit dazu. Ebenso dem brandenburgischen Oberpräsidenten, dem Reichstagspräsidium, der konservativen und freisinnigen Reichstagsfraktion. — Vertreten waren dagegen u. a. die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die nationalliberale und Zentrumsparterie, der Berliner Magistrat, die Gewerkschaftskommission und aus dem Auslande waren Vertreter aus Oesterreich und Dänemark erschienen.

In der Hauptsache beschäftigte sich der Kongreß mit der beabsichtigten gesetzlichen Neuordnung der Verwaltung der

Arbeiterversicherung. Schon lange trägt man sich in Regierungs- und Industriellenkreisen mit dem Gedanken, unter dem Vorwand der organisatorischen Vereinheitlichung der einzelnen Zweige der Arbeiterversicherung den Krankenkassen das jetzt noch bestehende Selbstverwaltungsrecht zu nehmen.

In ihren Referaten: „Die Bestrebungen zur Reform der Arbeiterversicherung“ und die „Bedeutung der Selbstverwaltung der Krankenkassen und deren Gefährdung“ traten die Referenten Gustav Bauer und Albert Rohm diesem Bestreben scharf gegenüber. Sie wurden darin von allen Diskussionsrednern unterstützt und einstimmig, respektive mit großer Mehrheit nahm der Kongreß folgende Resolutionen an:

„Der Kongreß der deutschen Krankenkassen richtet an die gesetzgebenden Körperschaften in Sonderheit an die Regierung als eine unabweißbare Forderung der Versicherten das Ersuchen, bereits zu den vorbereiteten Arbeiten für die Reform der Arbeiterversicherung bezw. des Krankenversicherungsgesetzes Vertreter der Krankenkassen hinzuzuziehen. Besonders sachdienlich und notwendig wird es sein, die Kassenvertreter schon vor dem Abschluß der Regierungsvorlage zur gutachtlichen Äußerung und zur Begründung der Forderungen der Versicherten heranzuziehen.“

„Der Kongreß protestiert gegen die Bestrebungen, besondere Kasseneinrichtungen für die Pensions-, Witwen- und Waisenversicherung der Privatbeamten zu schaffen und ersucht das Reichsamt des Innern, den Bundesrat und den Reichstag, diesen Bestrebungen nicht Folge zu leisten. Der Kongreß fordert die Herbeiführung einer erhöhten Fürsorge für die gesamte lohnarbeitende Bevölkerung und sieht den besten Weg dazu in der Erweiterung und den Ausbau des Invalidenversicherungsgesetzes auf den ganzen Kreis der Arbeiter und Angestellten gemeinsam. Die maßgebenden Instanzen bittet der Kongreß, in diesem Sinne eine weitergehende Zersplitterung der Versicherungseinrichtungen zu verhindern.“

Der Arzt Dr. A. Blaschko hielt noch einen Vortrag über die Verhütung der Geschlechtskrankheiten. Er erklärte vor allem die in der mit dem Kongreß verbundenen Ausstellung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vorhandenen Modelle und kündigte an, daß diese Ausstellung in erweitertem Umfange demnächst im Auftrage der Zentrale der Berliner Krankenkassen den Versicherten zugänglich gemacht und dann auf einer Rundfahrt durch Deutschland auch den Versicherten der anderen Ortskrankenkassen vorgeführt werden würde.

Wenn in den Kreisen der preussisch-deutschen Regierung nur ein bißchen guter Wille vorhanden ist, den Wünschen der Versicherten Rechnung zu tragen, so wird dieser Kongreß seine Wirkung nicht verfehlen.

Verbands-Angelegenheiten

An die Einzelmitglieder.

Die Stichwahl zwischen den Genossen Sacher und Schmidt ergab für Sacher 27 und für Schmidt 17 Stimmen. Genosse Sacher ist somit gewählt.

233. Vorstandssitzung vom 24. April 1908.

Entschuldigt fehlt Hoffmann. Schneider auf Reisen. Von Großbreitenbach liegt Mitteilung vor, daß die Firma Bühl & Söhne entgegen getroffener Vereinbarung Maßnahmen vornehmen will. Der Vorstand erklärt sich für diesen Fall mit sofortiger Aufnahme des Streiks einverstanden. — Von Wegesack werden Lohn-differenzen in der Grohner Wandplattenfabrik A.-G. gemeldet. Auch hier ist der Vorstand mit Arbeitsniederlegung einverstanden. — Die Gründung von Zahlstellen in Spechtbrunn und Schmiebedfeld bei Suhl wird genehmigt. — Wegen Verstoszes gegen § 28 Ziffer 18 des Statuts wird Mitglied 1488 Fieber in Breslau verwarnt und Mitglied 1483 Rittner in Breslau mit 5 Mark Strafe belegt.

G. Wollmann, Vorsitzender. J. Schneider, Schriftführer.

234. Vorstandssitzung vom 28. April 1908.

Der Schriftführer berichtet, daß die Differenzen in Grünstadt beigelegt sind; die Sperre wird wieder aufgehoben. — In Wegesack sind die Presser und Buger der dortigen Wandplattenfabrik ausständig geworden und wird denselben Unterstützung nach § 21 Absatz 15 des Statuts bewilligt. Ueber die Firma wird die Sperre verhängt. — Berichte von Neuhaus a. R., Kolmar, Schorndorf, Staffell, Unterhaus und Weißwasser werden zur Kenntnis genommen. — Eine Zuschrift der Gautommission Jümenau, Großbreitenbach betreffend, ist mit Kenntnisnahme erledigt. — Die Zahlstelle Raghütte soll aufgefordert werden, ihre Beschwerde an die General-Versammlung schriftlich ein zu reichen. — Die bestehenden Arbeits-Nachweise sollen aufgefordert werden, einen Tätigkeitsbericht für die General-Versammlung einzuliefern. — Die Einzelmitglieder haben von dem vom Vorstand denselben eingeräumten Recht, ebenfalls Delegierte zur Generalversammlung wählen zu können, fast gar kein Gebrauch gemacht; demzufolge

wird beschlossen, der Generalversammlung zu empfehlen, in Zukunft den Einzelmitgliedern eine besondere Vertretung auf der General-Versammlung nicht mehr zu lassen. — Vom Vorstand des Glasarbeiter-Verbandes liegt Mitteilung vor, daß derselbe auf unserer General-Versammlung vertreten sein wird. — Der Agitations-Kommission Br o m b e r g soll auf bezüglichen Antrag die „Ameise“ kostenlos zugestellt werden. — Die Sperre über Gelsenkirchen wird wieder aufgehoben; das Mitglied 21 470 Piramowsky, Gelsenkirchen wird nach § 3 Absatz 3 des Statuts vom Verband ausgeschlossen. — Dem Einzelmitglied 17 447 wird die Genehmigung zum freiwilligen Abgang gegeben, unter Wahrung des Anspruches auf Jahrgelder, sofern Mitglied einen anderen Arbeitsplatz nachweisen kann. Von S ö h r und U n t e r w e i ß b a c h beantragte Unterstützungen werden abgelehnt. — Von K a z h ü t t e und V o l k s t e d t beantragte Unterstützungen werden für weitere 2 Wochen bewilligt. — Dem Einzelmitglied 11 822 wird die weitere Unterstützung entzogen. — In Rechtschutzsache 3888 G l i e r w e r d a wird das Urteil 1. Instanz zur Kenntnis genommen; ein weiteres juristisches Gutachten soll eingefordert werden. — Ein Antrag S i g e n d o r f, Deckung einer Mehr-Ausgabe des 12% Fonds aus Verbandsmitteln betreffend, wird vertagt, weil sich weitere Feststellungen notwendig machen. — Komnickau, Magdeburg wird mit 2 Jahren Strafkarenzzeit in den Verband aufgenommen. — 21 240 Blatter Mitterteich erhält nachträglich eine 2jährige Straf-Karenzzeit auferlegt.

G. Wollmann, Vorsitzender.

J. Schneider, Schriftführer.

235. Vorstandssitzung vom 4. Mai 1908.

Entschuldigt fehlt Herden.

Ein Bericht von G r o ß b r e i t e n b a c h, wonach die von neuem drohenden Differenzen bei Bühl & Söhne wieder beigelegt sind, ist mit Kenntnisnahme erledigt; die Sperre über vorgenannte Firma wird wieder aufgehoben. — Der Allgemeine Arbeitgeber-Verband für Mann-heim-Ludwigshafen fragt an, aus welchen Gründen unsrerseits die Sperre über die Firma Sterner, Mannheim verhängt wurde. Der entsprechende Aufschluß soll gegeben werden. — Zuschriften von D ü s s e l d o r f und T i r s c h e n r e u t h werden vorläufig zur Kenntnis genommen, und sollen die Antworten auf bereits erfolgte Rückfragen abgewartet werden. — Zuschrift von Stadtilm ist mit Kenntnisnahme erledigt. — Für S i g e n d o r f - U n t e r w e i ß b a c h werden noch Unterstützungen bis zum 2. 5. 08 bewilligt; damit sind alle übrigen Anträge, welche von beiden Orten noch vorliegen, erledigt. — Dem Kassierer der Zahlstelle K a z h ü t t e soll auf seinen Antrag die Kautions zurück gezahlt werden, sofern der Rassen-Abschluß der Zahlstelle pro 1. Quartal 1908 eingekandt ist. — Die Genehmigung zum freiwilligen Abgang, unter Wahrung der Unterstützungs-Ansprüche für die Mitglieder 6864, 9158 und 4166 wird unter der gegebenen Begründung abgelehnt. — Auf eine Anfrage von M e i ß e n soll mitgeteilt werden, daß unsrerseits dem Mitglied 21 759 Unterstützung nicht gewährt werden kann. Sollte dieses Mitglied, dem Angebot des Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter folgend, zu diesem übertreten, um dort die Unterstützung beziehen zu können, soll unsere Verwaltung uns davon Mitteilung machen. Dem Mitglied 13 286 G i s e n b e r g soll mitgeteilt werden, sich mit seinen Darlegungen an die Verwaltung in B l a n k e n h a i n zu wenden, ohne deren Zustimmung Unterstützung nicht gewährt werden könnte. — Mit der Verschmelzung der Zahlstellenbibliothek mit der zu errichtenden gewerkschaftlichen Zentralbibliothek in Nürnberg erklärt sich der Vorstand unter den üblichen Bedingungen einverstanden. Die wiederholte beantragte Genehmigung zur Gründung einer Zahlstelle in B u n z l a u wird wiederum abgelehnt, weil die vorhandenen Umstände eine Vertagung dieser Angelegenheit bis zur Generalversammlung angebracht erscheinen lassen. — Eine Beschwerde des Mitgliedes 6913 W i e s a u gegen das Mitglied 6910 M i t t e r t e i c h wird unter entsprechender Begründung als für den Vorstand erledigt erklärt. — In der Beschwerdesache der Zahlstelle G l i m s h o r n gegen das Mitglied 5549 liegen die Erklärungen des Mitgliedes und der Zahlstelle vor, womit die Sache als erledigt erklärt wird. — Dem Mitglied 7826 D h r d r u f wird Unterstützung bewilligt für 1 Woche zurück liegende Zeit, gerechnet vom Tage der Ausfertigung des Antrags-Formulares ab; ein weitergehender Antrag der Verwaltung wird unter entsprechender Begründung abgelehnt.

G. Wollmann, Vorsitzender.

J. Schneider, Schriftführer.

Zur General-Versammlung

Aus Rudolstadt.

Unsere letzte Zahlstellenversammlung beschäftigte sich nach erledigter Delegiertenwahl mit den veröffentlichten Anträgen zur Generalversammlung. Als wir unsere Anträge stellten (Ameise Nr. 11), wußten wir, daß sich Diskussionen darüber entspinnen würden, aber es hat sich auch gezeigt, daß andere Zahlstellen dieselben Anträge stellten. Bezüglich der Verlegung des Verbandssitzes nach Thüringen, sind wir auch heute noch der Ueberzeugung, daß er ins Porzellanerzentrum gehört. Hauptsächlich wegen des Kostenpunktes; nach Inkrafttreten des Vereinsgesetzes wird es sich gleich bleiben, wo der Sitz sich befindet. Ueber die Handhabung desselben werden vielleicht die Delegierten schon Erfahrungen mitbringen.

Zum Kapitel Zuschußklasse: Ueberall wo wir (d. h. die Arbeiter) größeren Einfluß auf die Krankenkassen haben — und sofern nicht gesetzliche Bestimmungen entgegen stehen — suchen wir sie in bezug auf ihre Leistungen zu verbessern. — Nur bei unserer eigenen Krankenzuschußklasse soll es nicht möglich sein, und doch gibt es ähnliche Kassen, welche auch mehr leisten. So besteht z. B. hier am Ort eine gut dastehende freie Hilfsklasse, welche bei gleichen Beiträgen (für 60 Pfg. Beitrag 15 Mk.

Krankengeld, jeder Tag wird bezahlt, und zwar ein halbes Jahr voll, ein halbes Jahr die Hälfte ohne Karenzzeit, allerdings bei ärztlicher Untersuchung) dasselbe leistet und extra Arzt und Apotheke zu tragen hat. Aber sie wird nicht im Polizeigeist zu erhalten gesucht, wie der selbige Beihilfefonds und welcher nach verschiedenen Anzeichen auf die Zuschußklasse übergehen soll. Auch werden die Mitglieder in der loyalsten Weise behandelt und nicht, wie bei uns, wo einem Mitgliede der Zuschuß abgelehnt wurde, weil es acht Wochen Beiträge schuldig war. Erst Zwang (Obligatorium) dann gibts nichts. Den schönsten Ablehnungsgrund für unseren Antrag führte die Zahlstelle Annaburg (Nr. 15 der „Ameise“) ins Feld: „Weil einzelne über den Durst trinken und sich am andern Tag krank melden könnten“ — ergo es könnte einmal vorkommen, daß für einen Jammer Krankengeldzuschuß bezahlt würde. — Um dies zu verhindern müßten ca. 15 000 Mitglieder auf den Zuschuß vom ersten Tag der Erkrankung verzichten. Ein Argument, gleichwertig dem der Arbeitgeber, welche nur darum gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit sind, weil — dann die Arbeiter diese Zeit nur im Wirtshaus verbrachten. Da war es wirklich um den Raum in der „Ameise“ schade.

Nein, man sollte den Mitgliedern nicht alles schmälern, wo doch erst alles von ihnen kommt; mehr freiheitliche Ausgestaltung und loyale Behandlung tut uns not.

Schreyer-Rudolstadt.

Die Zahlstelle S o p h i e n a u beschäftigte sich unter anderem auch hauptsächlich mit dem Vorstandsantrag die Erwerbslosenunterstützung betreffend.

Sämtliche Mitglieder hiesiger Zahlstelle erklärten den Antrag für unannehmbar und wurde allgemein bedauert, daß die Unterstützungsätze, trotz eventueller Erhöhung der Beiträge gekürzt werden sollen. Besser angebracht wäre wohl eine Erhöhung der Unterstützung. In der ersten Woche der Erwerbslosigkeit soll es gar keine Unterstützung geben. Ist der Vorstand vielleicht der Meinung, daß die Mitglieder bei eintretender Arbeitslosigkeit in der ersten Woche vom Winde leben sollen?

Muß es nicht Erbitterung unter den Mitgliedern hervor rufen, wenn die Mitglieder in ihren Rechten gekürzt, aber die Gehälter der Verbandsbeamten erhöht werden sollen und oben-drein noch mit rückwirkender Kraft?

Die Versammlung stellte an alle Mitglieder das Ersuchen, sich in ihren Versammlungen mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen und ihre Delegierten zu beauftragen, auf keinen Fall die Unterstützungsätze herabzusetzen. Sind doch alle Bedürfnisse im Preise gestiegen und würden bei eintretender Erwerbslosigkeit, die Entbehrungen noch weit größer sein als bisher. Einer Erhöhung der Beiträge würden wir, wenn es nicht zu umgehen ist, zustimmen, aber niemals einer Herabsetzung der Unterstützung.

Adolf Böhl-Sophienau.

Es sind bis jetzt verschiedene Ansichten über die Unterstützungsätze laut geworden. Der Vorstand stellt den Antrag, eine Erwerbslosenunterstützung einzuführen. Nun, Kollegen, betrachtet die Beiträge und betrachtet die Unterstützungstabelle, dann muß ein jeder zu der Ansicht kommen, daß ein solcher Antrag niemals annehmbar ist. Ja, man muß sich wundern, daß überhaupt derartige Anträge vom Vorstand gestellt werden. Wir leben doch jetzt in einer Zeit der Krisis, in einer Zeit wo die Lebensmittel und Mietspreise rapid in die Höhe steigen. Sollen wir uns eine Zwangsversicherung aufbürden lassen (siehe Krankenkasse)? Sollen wir diesem Antrag vom Vorstand stattgeben? Ein kräftiges Nein muß diesem Antrag entgegen schallen. Hier ist es Pflicht der Zahlstellen, sofort zu diesem Antrag Stellung zu nehmen und ihren Delegierten die richtige Antwort mit zu geben.

Betrachten wir die Gehaltsfrage, welche vom Gewerkschaftskongreß zu Stuttgart empfohlen wird, daß das Gehalt bis zu 3000 Mk. steigen soll, wie auch vom Vorstand befürwortet wird. Ich selber bin kein Gegner, einen anständigen Lohn für die Arbeit zu zahlen, aber an der Arbeit bleibt viel zu wünschen übrig.

Man muß sich hier die Frage aufwerfen. Ist das richtig, wenn dem Vorstand, so wie den Hilfsbeamten das Gehalt erhöht werden soll, wenn man den Mitgliedern die Unterstützungsätze erniedrigt? Ich betrachte es als ganz rückständig und glaube auch, daß es zur ganz heftigen Auseinandersetzung auf der Generalversammlung kommen wird. Besser wäre es ja, wenn uns der Vorstand einen Küchenzettel ausarbeiten würde, damit die Mitglieder die 12 Mk. Unterstützung nicht auf unsinnige Art und Weise vergeuden. Gewiß ein trauriges Los.

Christoph Schäffel-Marktredwitz.

Allgemeine Betrachtungen.

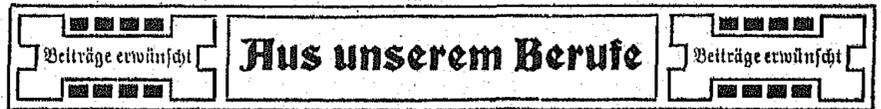
Wenn man sich den ganzen Wust von Anträgen durchsieht, so wird man finden, daß ein reges Interesse bei unsern Mitgliedern vorhanden ist, an der ferneren Entwicklung des Verbandes mitzuarbeiten. Nur wird bei der Fülle des Materials ein großer Teil von Antragstellern nicht auf ihre Rechnung kommen, da die Zeit, diese Anträge gründlich durch zu beraten, zu kurz bemessen ist. Wenn man die wichtigsten Anträge eine Revue passieren läßt, so findet man, daß eine große Umwälzung in unserm Verbandsplatz greifen soll. Ohne eine kleine Mehrbelastung werden wir freilich nicht herum kommen. Nun muß man aber in Betracht ziehen, daß unsere diesjährige Generalversammlung in die Zeit der Krise fällt und eine allgemeine Geschäftsstockung außer wenigen Ausnahmen zu verzeichnen ist. Ist doch die Zahl der arbeitslosen Verbandsmitglieder über 100 Prozent gestiegen und zwar von 437 im vierten Quartal 1907 auf 921 im ersten Quartal d. J., dazu kommen die vielen Fabriken, in denen Betriebseinschränkungen eingetreten sind. Dieses wirkt auf einen großen Teil von Mitgliedern depressierend und bei einer all zu großen Anziehung der „Steuerfahne“ wird leicht ein großer Teil von Mitgliedern das Hasenpanier ergreifen und dem Verband den Rücken kehren. Nun wird mich ein Teil von Mitgliedern als „Schwarzseher“ hinstellen, und, um mit dem Genossen Jaach-Pforzheim zu sprechen, in das „Gejammer“ von Mitgliederverlusten können sie nicht mit mir einstimmen. Von der hohen Warte aus betrachtet, sieht sich die Sache freilich ganz anders an, als wie sie in Wirklichkeit ist. Nun bin ich durchaus kein Feind von Neuerungen und Verbesserungen, aber ich sage mir, mit einem Schlage läßt sich nicht alles „umstürzen“, sondern wir müssen etappenweise vorwärts schreiten. Etwas Sparsamkeit in vielen Sachen könnte nichts schaden. Die Zuschußklasse, die wir uns erst geschaffen haben und über deren Wirkung wir noch gar kein klares Bild haben, wird schon wieder mit vielen schwerwiegenden Anträgen bestürmt, deren Verwirklichung uns leicht auf die Bahn bringen kann, auf welcher der Beihilfefonds enden mußte. Sparsamkeit könnte geübt werden bei Wegfall des Prämiensystems, weil es unsinnig ist. Bei Aufhebung der Agitationskommissionen, dafür Anstellung von Gauleitern. Dieselben würden die Unkosten von selbst wieder wett machen durch Aufnahme von Mitgliedern, Ersparen von Delegationen usw. Ferner räume man den Zahlstellenverwaltungen mehr Rechte ein, bei Aufnahme von Mitgliedern etc. Und dann treten wir doch der Frage des Zustandekommens eines Industrieverbandes näher, welcher für uns spruchreif geworden ist. Dann werden sich von selbst die nebensächlichen Fragen lösen und wir werden das Motto, welches wir uns am Kopf unseres Organs gegeben haben „Immer strebe zum Ganzen...“ verwirklichen helfen. Wenn unsere Delegierten von diesen Gesichtspunkten aus ihre Tätigkeit entfalten, so werden wir vorwärts schreiten, trotz Krise und Schikanierungen der einzelnen Unternehmer, zu neuen Kämpfen und Siegen.

Paul Dirche-Altwasser.

Verschiedenes.

Die Ausführungen des Kollegen W. Schmidt, Hüttengrund, nötigen mich, nochmals den sehr beschränkten Raum unserer Zeitung in Anspruch zu nehmen. Der Kollege zeigte sich als ganz entschiedener Gegner des Markensystems und zwar aus Gründen, die durchaus nicht stichhaltig sind. Wie der Kollege eine Einrichtung, welche sich überall, wo sie auch eingeführt wurde, stets bewährt hat, mit so nichtssagenden Gründen bekämpfen kann, ist mir etwas rätselhaft. Ich glaube, Kollege Schmidt ist mit dem Wesen und der Handhabung des Markensystems nicht recht vertraut, denn sonst könnte er unmöglich schreiben, daß größere Zahlstellen den Kassierer bald fest anstellen müßten für die Arbeiten, welche das Einkleben und das Abstempeln der Marken erfordert. Ja, wenn der Kassierer einer größeren Zahlstelle sämtliche von ihm verausgabten Marken belecken, einkleben und abstempeln soll, du lieber Himmel, dann hätte er nicht nur mehr Arbeit, sondern würde sich auch bald die Zunge wund lecken. Kollege Schmidt wird es mir indes nicht übel nehmen, wenn ich ihn von dem Gegenteil dessen, was er angeführt hat, zu überzeugen versuche. Erstens haben größere Zahlstellen meistens Unterkassierer, welche Einrichtung, nebenbei bemerkt, sehr zu empfehlen ist. Daraus ergibt sich, daß das Einkleben der Marken nicht vom Kassierer geschieht. Weiter ist es nicht nur ratsam, sondern es ist gewissermaßen der eigenen Sicherheit und der Kassierer wegen Pflicht der einzelnen Mitglieder, das Einkleben selbst zu besorgen. Eventuell könnte dem Unterkassierer ein kleiner Stempel beigegeben werden, worauf nur das eine Wort „Bezahlt“ steht, womit jede Marke sofort entwertet wird. Dann hat der Kassierer durchaus keine Arbeit damit.

Jetzt muß er sämtliche Rubriken in den Mitgliedsbüchern abstempeln, welches je nachdem die Einrichtung ist, bei Marken wie oben angedeutet, ganz fortfällt. Ob wir nun 16 bis 17 Sorten Marken haben, bleibt sich dabei ganz gleich. Jedes Mitglied erhält pro Woche eben nur eine und zwar für Verband und Zuschußklasse zusammen genommen. Selbstredend wäre es sehr notwendig, wenn die vielen Beitragsstufen reduziert würden. Aber mit der Zeit pflückt man Rosen und Rom ist auch nicht in einem Tage erbaut worden. Also nur Geduld! Um mich nicht in Einzelheiten zu verlieren, will ich nur noch kurz bemerken, daß der Kassierer beim Quartalsabschluß weniger Arbeit hat, als bei dem heutigen System. Ebenso ist es eine Erleichterung für die Revisoren; auch lassen sich Unterschleife sowie sonstige Unregelmäßigkeiten leichter feststellen als wie jetzt. Ich habe in kurzen, knappen Ausführungen versucht, Kollegen Schmidt zu überzeugen. Hoffentlich wird er, durch einiges Nachdenken gestärkt, ein Freund des Markensystems. S. K i m m e-Begefac.



Döbeln. Man berichtet uns: Die Lebensverhältnisse hier am Ort sind ungemein ungünstige für die Arbeiter. Der Verdienst entspricht aber im allgemeinen dem nicht, da ein Stundenverdienst von 40 Pfg. von den Unternehmern als genügend angesehen wird. Besonders vor zwei Firmen sei gewarnt. Das sind Joh. Großfuß und Döring & Winkelmann. Bei ersterer Firma hat sich, trotz der gegebenen Versprechungen, anlässlich der Differenz, vom vorigen Jahr nichts gebessert. — Nach wie vor glaubt die Firma sich nicht verpflichtet, durchgreifende Aenderungen zu schaffen, so lange sie immer wieder weitere Arbeitskräfte erhalten kann. Nur einigen langjährigen, eingearbeiteten Kollegen ist es noch möglich, dort bestehen zu können; ein großer Teil erzielt nicht den Verdienst, der den hiesigen teuren Lebensverhältnissen entsprechen dürfte. Der zweiten Firma Döring & Winkelmann liegt offenbar daran, nur billigere Arbeitskraft einzustellen. Beschäftigt wird nur ein Maler. Bemalt werden Gläser zu Vogelbauern, Froschhäusern, Aquarien usw. Also eine an sich ziemlich spezialisierte Beschäftigung. Die Firma weigert sich nun durchaus, beim Mustermachen oder sonstigen Ausnahmefällen einen Stundenlohn von 40 Pfg. zu zahlen. Sie hofft, für 35 Pfg. oder noch weniger einen Maler zu erhalten. Zu bemerken ist, daß die Löhne des gesamten Fabrikpersonals auf einem sehr niedrigen Niveau stehen, da meistens ungelernete Arbeiter in Betracht kommen. Da der Firma ein Stundenlohn von 40 Pfg. zu hoch ist, wird sie natürlich auch bestrebt sein, den Akkordlohn auf eine möglichst niedrige Stufe zu drücken. Wenn hier eine Besserung in den Verhältnissen überhaupt eintreten soll, muß den genannten Firmen bewußt werden, daß jeder Kollege so lange auf ein Engagement bei ihnen verzichtet, bis die Verhältnisse derart gebessert sind, daß er ohne nachteilige Folgen für sich Arbeit hier annehmen kann. In der Hauptsache aber haben die Kollegen hier am Ort mit aller Macht dafür zu wirken, daß Döbeln auf die Höhe kommt, auf der es schon lange sein sollte. Tue also ein jeder seine Pflicht.

Eisenberg. Infolge einer Differenz im Brennhause der Kalker Fabrik kündigten die Brenner. Es kamen dabei Mitglieder unseres Verbandes, des Land- und Hilfsarbeiterverbandes und der christlichen Organisation in Betracht. Die Direktion antwortete darauf mit der Kündigung sämtlicher organisierten Arbeiter. Ehe es jedoch zu Weiterungen kam, wurde der Konflikt dadurch beigelegt, daß die Brenner eine kleine Lohnaufbesserung erhielten. Ferner versprach die Betriebsleitung, in einem halben Jahre weitere Lohnerhöhungen eintreten zu lassen. Die Kündigungen wurden darauf von beiden Seiten zurückgezogen.

Elmshorn. Wie man uns mitteilt, fanden in der noch nicht zu lange bestehenden Steingutfabrik der Gebr. Carstens in der letzten Zeit vielfach Arbeiter-Entlassungen statt, die seitens der Betriebsleitung mit dem herrschenden schlechten Geschäftsgang begründet werden. Bei der allgemeinen ungünstigen Lage ist es den Entlassenen schwer gemacht, am Orte andere Arbeit zu finden. Die Kollegen werden daher gut tun, sich nicht um Arbeit in Elmshorn zu bemühen.

Gelsenkirchen. Welche enormen Gewinne die Firma Emailierwerk J. Küppersbusch & Söhne, die kürzlich mit ihren Arbeitern im Streit lag, aus diesen heraus wirtschaftet, mag folgender Auszug aus dem letzten Jahresgeschäftsbericht dieses Unternehmens beweisen: „Der Betriebsgewinn beträgt 880 711 Mk. gegen 956 014 Mk. für 1906. Einschließlich des Gewinnvortrages

von 207 426 Mk. (1906 176 474 Mk.) stehen 1 088 137 Mk. (1 132 489) zur Verfügung. Für Abschreibungen werden 193 771 Mk. (168 942) verwendet. Es sollen wieder 14 Prozent Dividende = 490 000 Mk. verteilt, 59 833 Mk. (78 707) dem Spezialreservofonds, der dadurch auf 500 000 Mk. steigt, 20 000 Mk. (wie im Vorjahre) dem Spezialreservofonds II überwiesen und 200 326 Mk. (207 426) neu vorgetragen werden. Wie im Geschäftsbericht mitgeteilt wird, ist aus dem Ueberschuß eine bestimmte Summe dem Streitschädentkonto überwiesen worden, um das laufende Geschäftsjahr von den Schädigungen, die der kürzlich beendigte Streit der Gesellschaft gebracht hat, zu entlasten. Wir möchten hierzu bemerken, daß dieser Streit infolge einer Aussperrung der Schleifer entstand. Die Gesellschaft hat sich die üblen Folgen dieses Kampfes also nur selbst zuzuschreiben.

Grohn-Geesack. Die Differenz in der Neuen Wandplattenfabrik dauert an. Die angebotenen Vermittlungen wurden von der Direktion zurück gewiesen. Ein bezeichnendes Licht auf die Verhältnisse in diesem Betriebe und auf die Zuverlässigkeit der Direktion den Arbeitern gegenüber wirft die Mitteilung, daß der Konflikt — wie wir das ja in den letzten Zeiten so oft in den verschiedensten Betrieben kennen lernten — aus der Nichteinhaltung einer vom Direktor den Arbeitern gegebenen Zusage entstand. — So war früher vereinbart worden, daß die Fliesenmacher 23 und die Püßer 19 Pfg. für 100 Fliesen erhalten sollten. Außerdem sollte der Ton durch einen eigens dafür angestellten Arbeiter ihnen zugefahren werden. Das geschah auch anfangs. Als aber durch Betriebsstörungen verschiedene Pressen still stehen mußten, erklärte der Direktor, daß er so lange den Tonfahrer entziehen werde, bis wieder 7 Pressen im Betrieb seien. Trotzdem nun bereits wieder 12 Pressen im Betrieb waren, fühlte sich der Direktor nicht veranlaßt, den Tonfahrer wieder zu gewähren. — Diesem Verhalten des Direktors entspricht es denn auch, wenn noch mehrere unserer organisierten Kollegen ohne Einhaltung der Kündigungszeit entlassen wurden. Das sind nicht selten die Gewohnheiten jener Leute, die sonst nicht genug über die Rücksichtslosigkeit und den Terrorismus der Arbeiter klagen können. — Als Arbeitswillige werden einige polnische Arbeiter — die zahlreich in Grohn und Geesack tätig sind — und einige andere Arbeiter an den Fliesenpressen beschäftigt.

Kahla. Die Direktion der Aktiengesellschaft Porzellanfabrik Kahla überraschte vor kurzem „ihre“ Arbeiter mit folgendem Ukas: „Seit längerer Zeit machen wir die Beobachtung, daß der Bierumsatz unserer Kantinenwirtschaft zurück geht und in Verbindung hiermit die Ueberweisung des Bierüberschusses an unsere Witwen- und Waisenkasse ganz rapid abnimmt. Der Grund hierfür ist einzig und allein darin zu suchen, daß zuviel Bier von anderer Seite, als durch die Kantine in die Fabrikträumlichkeiten eingebracht wird. Im Interesse des Fortbestehens unserer Witwen- und Waisenkasse sind wir deshalb gezwungen, von heute ab in unseren sämtlichen Betrieben nur noch Bier zu gestatten, das aus unserer Kantine entnommen ist und untersagen wir deshalb das Einbringen jeden fremden Bieres in unsere Fabrikträumlichkeiten. Zum Fortschaffen der noch in den Betrieben eventuell herumliegenden fremden Bierflaschen setzen wir eine Frist bis zum 30. April d. J. und werden nach diesem Zeitpunkt Bierflaschen fremden Ursprungs, die sich noch vorfinden sollten, aus den Räumen entfernen und vernichten lassen. Man sollte eigentlich annehmen, daß ein diesbezügliches Verbot unsererseits nicht notwendig gewesen wäre, da ja der Ueberschuß der Kantine nur der Witwen- und Waisenkasse unserer Arbeiter zugute kommt und doch jeder Einzelne ein Interesse daran haben müßte und dafür sorgen sollte, daß nur Bier aus der Kantine in die Fabrikträume hineingelangt. Dem ist aber, wie wir leider feststellen müssen, nicht so und sehen wir uns im Interesse unserer Witwen- und Waisenkasse zu vorstehender Maßnahme veranlaßt. Wir haben unserem ganzen Vorarbeiterpersonal Weisung gegeben, mit darauf zu achten, daß in den Betrieben nur Bier getrunken wird, welches durch unsere Kantine bezogen ist, und wir werden jeden zur Rechenschaft ziehen, der unsere heutige Verfügung mißachten sollte. Zu vorstehender Maßnahme glauben wir uns um so eher entschließen zu können, als wir die feste Ueberzeugung haben, daß das in unserer Kantine zum Ausschank gelangende Bier mindestens von derselben Güte ist, wie das bisher von auswärts in die Betriebe hineingebrachte. Diese Tatsache schließt natürlich nicht aus, daß auch einmal die Qualität des Bieres aus der Kantinewirtschaft zu Klagen Anlaß gibt und wir richten deshalb bei dieser Gelegenheit an unsere sämtlichen Arbeiter das Ersuchen, eventuelle Beschwerden über die Qualität des aus der Kantine entnommenen Bieres, oder über den Betrieb der Kantinewirtschaft selbst bei uns sofort persönlich anzubringen und werden

wir für sofortige Abhülfe in dieser Hinsicht Sorge tragen. Im übrigen aber ersuchen wir sämtliche in den verschiedenen Betrieben beschäftigten Arbeiter nochmals unsere heutige Maßnahme zu beachten. Kahla, den 25. April 1908. Die Direktion.“

Als diese Verfügung bekannt wurde, da sprach man sofort von dem Terrorismus der Unternehmer, dem „Herrn im Hause- Standpunkt“ der Direktion und von anderem mehr. Aber keiner kam darauf, daß dieser Erlaß nur dem bereits seit langem wohlbekanntem, tiefen Fürsorgegefühl der Kahlaer Direktion für „ihre“ Arbeiter entstamme. Wer zweifelt jetzt überhaupt noch an der selbstverleugnenden Mitarbeit der Direktion, die Lage der Arbeiter zu verbessern? Ist denn die Sicherstellung der Witwen und Waisen in dem Kahlaer Riesenbetriebe nicht besonders notwendig? Man weiß doch, in keiner thüringer Fabrik wird so lange gearbeitet als wie in der Aktienfabrik in Kahla. Nirgends werden die Arbeiter niedriger im Lohn gehalten und zu äußerst intensiver Arbeit gedrängt wie dort. Ist darum eine gewissenhafte Fürsorge für die Hinterbliebenen der bald sich kaputt gearbeiteten Kollegen nicht die höchste Pflicht arbeiterfreundlich denkender Direktoren? Und wer und wie soll man denn dieser Pflicht und Fürsorge genügen? Können am Ende gar die notleidenden Aktionäre, die sich in diesem Jahre mit „nur“ fünf und zwanzig Prozent Dividende „begnügen“ mußten von diesem kümmerlich lumpigen „Verdienst“ ein paar braune Lappen in die Witwen- und Waisenkasse stecken? Das wird kein noch so begehrtlicher Arbeiter diesen schwer sich plagenden, notleidenden Kuponabschneidern zumuten können. Vielleicht — wir wissen das nicht, aber es besteht die Möglichkeit — hat zu gleicher Zeit die Direktion auch den Aktionären und den andern gleich entbehrenden Interessenten der Gesellschaft vorgeschrieben, künftig ihren Weinbedarf nur noch durch das Kontor oder durch die Fabrikantenne zu decken, um auch den dadurch erzielten Gewinn der Witwen- und Waisenkasse zu erhalten. Aber das ist nicht ganz sicher. Wovon also soll denn nun die „Wohltat“ der Direktion für „ihre“ Arbeiter weiterbestehen? Alljährlich loben alle bürgerlichen Blätter und Blättchen Thüringens die herzergreifende Fürsorge der Kahlaer Direktion für die Arbeiter, für deren Witwen und Waisen. Und die Arbeiter haben dafür gar kein Verständnis und nur um der Direktion das Lob nicht zu lassen, trinken sie nicht mehr. Man kann den Grimm und Kummer der Direktion verstehen! — Seit je bemühen sich die Gewerkschaften, auf ihre Mitglieder auch dahin einzuwirken, durch die möglichste Einschränkung des Alkoholgenusses sich selbst und ihren Familien recht lange sich zu erhalten, und allein dem erzieherischen Einfluß der modernen Organisation gelang es das früher so häufige Blaumachen einzuschränken, den sinnlosen Biergenuß zu vermindern. Mancher Familie wurde dadurch der Vater, Gatte, Bruder und Sohn erhalten. Und ein alter Grundsatz wurde es auch bei allen unseren Kollegen: Je weniger der Mann trinkt, um so mehr sorgt er für seine Frau und Kinder. — Aber wie in so mancher Beziehung arbeiten uns die Unternehmer auch hierin entgegen. Bloß um sich eine ihrer, den Arbeiter fesselnden „Wohltaten“ möglichst ohne eigene Kosten zu erhalten, soll die bildende, bessernde Arbeit der Gewerkschaft vernichtet werden. Nur aus diesen Motiven, für die denkende Arbeiter kein Verständnis mehr haben werden, möchte man die Arbeiter zwingen, tüchtig zu trinken, denn je mehr getrunken wird, desto besser ginge es den Witwen und Waisen der Arbeiter. — Das ist auch ein Kulturbild aus dem industriellen Feudalstaat der Gegenwart.

Nymphenburg. Das Schicksal so mancher anderen königlichen Fabrik, die am schwersten Arbeitenden am schlechtesten zu bezahlen, teilt auch die königlich bayerische Porzellanmanufaktur. Die dort beschäftigten Brenner erhalten pro Stunde 30 — dreißig — Pfennige. Für 9 1/2 Stunden Arbeitszeit werden 10 Stunden bezahlt, also pro Tag 3 Mk. Der ortsübliche Tagelohn in München beträgt 3,20 Mk. — Die Brenner wurden vorstellig und die Betriebsleitung bewilligte großmütig 33 Pfg. pro Stunde unter Fortfall der sonst mitbezählten halben Stunde. Die Brenner würden sich darnach um 13 1/2 Pfg. pro Tag besser stehen, aber der münchener ortsübliche Tagelohn wäre noch immer nicht erreicht. Die Kollegen wurden sich daher einig, einen Minimaltagelohn von 3,50 Mk. oder einen Stundenlohn von 40 Pfennigen zu verlangen. Bei einigermaßen gutem Willen ist es der Betriebsleitung unserer Meinung nach ein Leichtes, dieser bescheidenen Forderung der Brenner Rechnung tragen zu können.

Reichenbach. Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß die Sperre über den Betrieb der Firma Schwabe & Co. weiter besteht und erwarten, daß die Kollegen den Zugang nach dort unterlassen.

Schwarzhammer. Erhebliche Lohnreduzierungen werden bei der Firma Schumann & Schreider vorgenommen. Bei den Druckerinnen fing man an, bei den übrigen Arbeitern gedenkt man fort zu fahren. Die Lohnkürzungen, die auf Veranlassung Schumanns-Arzberg vorgenommen werden, betragen mitunter 50 Prozent des sonstigen Preises. Sehr beflissen darin, den Kollegen diese Kürzungen aufzureden, ist ein Maler Blechschmidt, der, wenn wir nicht irren, auch von Arzberg kam. — Unsere Kollegen und Kolleginnen werden unter diesen Umständen gut tun, nicht nach Schwarzhammer zu gehen.

Sörnewitz. Man teilt uns mit, daß in der Malerei der Steingutfabrik Kündigungen vorgekommen sind. Ebenfalls haben auf den Brockwitzer Glaswerken über 200 Arbeiter gekündigt. Da die Lage im allgemeinen hier sehr ernst ist, so ist den Kollegen zu raten, beim Zuzug nach Sörnewitz sehr vorsichtig zu sein.

Dänemark. Einen glänzenden Erfolg erlangten unsere organisierten Kollegen in Kopenhagen. Schon seit Wochen war mit den in Frage kommenden Firmen: der königlichen Manufaktur, „Allumnia“ und Bing & Grøndahl ein Lohnvertrag abgeschlossen worden, der jedoch anfangs März dieses Jahres gekündigt wurde. Neue Verhandlungen begannen, die jedoch zu scheitern drohten. Die beiden erstgenannten Firmen schlossen sich dem Arbeitgeber-Verbande an und schienen deswegen Lust zu einem Kampfe zu haben. Unsere Kollegen beschloßen darauf in den Streit zu treten. Aber vorher mußte noch einmal verhandelt werden. Diese Verhandlung fand im April statt. Die Unternehmer gaben nach und die Kollegen erreichten, daß ein Tarif auf fünf Jahre, bis 1913, abgeschlossen wurde. Dieser Tarif steht neben der Aufbesserung der bestehenden Löhne für Maler, Dreher etc. vor, daß alle Feiertage mitbezahlt werden und daß ferner für jeden Arbeiter jährlich acht Tage Ferien bewilligt wurden, für die der Lohn, entsprechend dem Durchschnitts-Verdienst des betreffenden Arbeiters, weiter bezahlt wird. Eine wesentliche Lohnverbesserung erhielten auch die Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen, denen ein wöchentlicher Mindestlohn von 23 Kronen respektive 14 Kronen garantiert wurde. Hand in Hand damit gingen Zusagen in bezug auf sanitäre und hygienische Verbesserungen in den Betrieben. — Die Firma Bing & Grøndahl, mit der die Verhandlungen gesondert geführt wurden, ging noch vielfach über die angeführten Bewilligungen hinaus. Die Glasurereinen und Packer bekommen in diesem Betriebe wöchentlich 2 Kronen mehr als in der königlichen Fabrik. Der Gesamt-Effekt der Verbesserung beträgt im Jahre für die Kolleginnen und Kollegen in allen drei Betrieben 35 000 Kronen an Lohnaufbesserungen und für Feriengelder 17 000 Kronen. — Dieses äußerst befriedigende Resultat, zu dem wir unsere dänischen Kollegen von ganzem Herzen beglückwünschen, verdanken dieselben in erster Linie ihrer wenn auch kleinen, so doch straffen Organisation. Derselben gehören nicht nur die qualifizierten männlichen Arbeiter an, sondern zu ihren festen treuen Mitgliedern gehören vor allen Dingen auch die Malerinnen in der königlichen Manufaktur, künstlerisch ausgebildete Damen, in denen sich in selten erfreulicher Weise künstlerische Selbstständigkeit mit kollegialem Selbstgefühl und tiefem Verständnis für die Aufgaben und Bedeutung der modernen Organisation paaren. — Möge unsere dänische Bruderorganisation sich kräftig weiter entwickeln.

Internationales

England. Unternehmerorganisationen in der Keramikindustrie. Mitte 1907 bestanden in Großbritannien und Irland 1980 Unternehmerorganisationen, deren Hauptzweck die Einflußnahme auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen war. In der Keramikindustrie existierten sechs Unternehmerorganisationen dieser Art, und zwar: Association of Earthenware Manufacturers of the South Yorksire and River Aire Districts (Verband der Tonwarenfabrikanten der Distrikte Süd-Yorksire und River Aire); The Pottery-Federation, Glasgow (Töpferverband, Glasgow); Longton Fenton Earthenware Manufacturers-Association (Tonwarenfabrikantenverband von Longton und Fenton); Staffords-hire Potteries Manufacturers-Association (Töpferfabrikantenverband von Staffordshire); China Furniture and Electrical Fittings Manufacturers' Association (Verband der Fabrikanten von Porzellanwaren usw.); Sanitary Ware Manufacturers' Association (Verband der Sanitärgefäßfabrikanten). — Ueber die Mitgliederzahl und die Finanzen der Unternehmerverbände ist nichts bekannt.

Vermischtes

Spielwaren- und Porzellanindustrie. Ueber den Rückgang des Exports der deutschen Spielwarenindustrie schreibt die „Arbeitsmarktkorrespondenz“: Schon Ende 1907 hatte in der deutschen Spielwarenindustrie die geringere Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes eine Abflauung des Beschäftigungsgrades hervorgerufen. Im laufenden Jahre setzt sich nun der Rückgang des Exports fort. In den ersten beiden Monaten ist die Ausfuhr von Spielzeug insgesamt um beinahe 20 pCt. niedriger als im Vorjahr. Von den Ländern, die weniger Spielwaren aus Deutschland bezogen, sind an erster Stelle die vereinigten Staaten von Amerika zu nennen, die den Hauptabnehmer deutschen Spielzeugs bilden. Dann kommt Großbritannien, dessen Import ebenfalls stark zurück gegangen ist. Dabei hatte Großbritannien seine Spielzeugeinfuhr aus Deutschland bereits im letzten Jahre sehr eingeschränkt. Die Schweiz, der nächstbeste Kunde der deutschen Spielzeugindustrie, hat ihre Bezüge ebenfalls verringert. Nur wenige Länder haben noch mehr Spielzeug aus Deutschland bezogen als im Vorjahr, so z. B. Oesterreich-Ungarn, Frankreich und die Niederlande. Die Niederlande nehmen von Jahr zu Jahr mehr deutsche Spielwaren ab. Von außereuropäischen Ländern sind fast alle an dem Rückgang unseres Spielwarenxports beteiligt. Hervor zu heben ist noch Argentinien, das nicht einmal die Hälfte der vorjährigen Menge, und Britisch-Indien, das ebenfalls sehr viel weniger Spielwaren aus Deutschland bezog als im vorigen Jahre. Vorläufig sieht es noch nicht so aus, als ob die Aufträge aus dem Auslande schon wieder zunehmen wollten. Da auch der Bedarf aus dem Inlande gering bleibt, so ist die Beschäftigungsgelegenheit in den Zentren der Spielwarenindustrie sehr eingeschränkt.“ Zweifellos werden durch den starken Rückgang der Spielwarenindustrie auch gewisse Branchen der Porzellanindustrie in Mitleidenschaft gezogen. So fabrizieren namentlich in der Sonneberger Gegend und an anderen Orten in Thüringen eine Reihe von Porzellanfabriken Puppenteile. Es ist gar keine Frage, daß diese Betriebe unter der schlechten Lage in der Spielzeugwarenindustrie mit zu leiden haben werden.

Oberfranken. Man teilte uns mit: Für den östlichen Teil von Oberfranken und für die Oberpfalz wurde ein Gewerkschaftssekretariat gegründet, Als Sekretär wurde Genosse Mich. Weiß gewählt. Alle Zuschriften wegen Versammlungen, Organisationsangelegenheiten und Auskunfterteilungen sind an untenstehende Adresse zu richten: Zur mündlichen Auskunft, welche an alle Personen, ohne Unterschied des Berufes, der Konfession und des Wohnortes erteilt wird, ist vorerst der Freitag jeder Woche festgesetzt und zwar Vormittags 9 bis 1 Uhr, nachmittags von 4 bis 8 Uhr. Alle Anfragen und Zuschriften sind zu richten an Mich. Weiß, Markt-Redwitz Nr. 377.

Versammlungs-Berichte etc.

f. Arzberg. Die am 9. Mai angelegte Zahlstellenversammlung konnte wegen zu geringen Besuchs der Mitglieder nicht abgehalten werden. Es zeugt dies von einem solchen Grad von Interesselosigkeit, der Mitglieder der Organisation gegenüber, daß es, wenn man die hiesigen Arbeitsverhältnisse betrachtet, wirklich unglaublich erscheint. Für alles andere, mag es sein was es will, haben die Arbeiter mehr Zeit übrig als zu beraten, wie sie ihre traurige Lage verbessern können. In jedem Klim-Berein sind mehr Mitglieder zu jeder Veranstaltung zu haben, als sich bereit finden, einmal im Monat die Zahlstellenversammlung zu besuchen. Es scheint, daß die hiesigen Mitglieder durch den Wirtschaftsbefuch oder durch Kartenspiel ganz versumpft sind, und daß sie die Denkfraft nicht mehr besitzen, sich verbessern zu wollen. Wenn die Mitglieder meinen, durch ein solches Verhalten der Organisation gegenüber zu nutzen, so werden sie es zu ihrem eigenen Schaden erfahren, daß sie sich auf kolossalem Abweg befinden. Wir wollten ihnen nur zurufen sich baldigt zu bessern, ihre Versammlung besser zu besuchen und an der Verbesserung ihrer ohne dies schon traurigen Lage, ehe es zu spät ist, mitzuhelfen.

f. Berlin. Bericht des Arbeitsnachweises I. Quartal 1908. Rest vom IV. Quartal 1907. 38 Personen.

	Neumeldung Arbeitslose	Offene Stellen	Befetzte Stellen	Nicht besetzte Stellen
Januar	25	20	18	2
Februar	31	36	26	10
März	19	46	39	7
Summa	75	102	83	19

	Selbst Beschäfti- gung gefunden	Gestrichen	Abgereift	Am Schluß noch eingeschrieben
Januar	9	2	—	42
Februar	8	3	1	42
März	12	1	2	21
Summa	29	6	3	—

Januar

45 Kollegen waren 869 Tage arbeitslos pro Kopf 19 Tage $1\frac{1}{2}$ Std.

Februar

54 Kollegen waren 791 Tage arbeitslos pro Kopf 14 Tage $6\frac{1}{3}$ Std.

März

44 Kollegen waren 609 Tage arbeitslos pro Kopf 13 Tage $7\frac{1}{4}$ Std.

Der Gesamtausfall der Arbeitslage beträgt 2272. Im Quartal beträgt der Gesamtausfall der Arbeitstage an Lohn 11360 Mk. nach 30 Mk. Minimallohn.

Stellen wurden besetzt:

	Schilder- maler	Kunst- gewerbe	keramische Branche	Plakat- Maler	Summa
Januar	9	4	1	4	18
Februar	19	5		2	26
März	25	5	2	7	39
	53	14	3	13	83

Aus vorstehendem Bericht ist zu ersehen, wie ungünstig das Quartal für die hiesigen Kollegen in betreff der Arbeitsverhältnisse war. Auch die vermittelten Stellen waren alle nur von kurzer Dauer. Es ist nicht abzuleugnen, daß die Krise sich hier sehr stark bemerkbar macht.

f. **Berlin.** Die berliner Kollegen waren, wie alljährlich, auch am 1. Mai vormittags 10 Uhr versammelt. Die Versammlung wurde eingeleitet durch den Gesang des Liedes „Eidschwur am 1. Mai“. Das Referat des Genossen Domnik wurde mit Beifall aufgenommen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Anwesend waren zirka 200 Personen, darunter auch Frauen. Ein ganzer Teil der Kollegen hatte leider trotz vorheriger Anfrage bei ihrem Arbeitgeber eine Freigabe des Tages nicht erreichen können.

h. **Charlottenburg.** Den Verhältnissen Rechnung tragend, beschäftigte sich auch die hiesige Zahlstelle in ihrer letzten Versammlung mit den Anträgen zur Generalversammlung. — Bei der Fülle der Anträge konnten freilich nur die weitgehendsten zur Besprechung gelangen. Als solcher galt in erster Linie der „Verschmelzungsantrag“. Die Wichtigkeit einer Verschmelzung mit Töpfern und Glasarbeitern wurde anerkannt; bezüglich der Töpfer wurde jedoch eine besondere Belastung der Unterstufungskasse, durch die im Winter meist arbeitslosen Bauarbeiter (Ofenseger) befürchtet und der Wunsch ausgesprochen, daß die Generalversammlung bei Beratung der Verschmelzungsfrage hierauf Rücksicht nehmen möge. Eine lebhafte Debatte riefen die Anträge, betreffs anderweitiger Festsetzung der Verbandsbeiträge und der Unterstützungssätze hervor. Hierbei wurde namentlich der Antrag des Vorstandes, als dem Interesse der Mitglieder zuwiderlaufend, lebhaft angegriffen. Schließlich wurde ein Antrag angenommen, dahingehend, dem gewählten Delegierten unseres Wahlkreises ans Herz zu legen, daß man, falls nötig, wohl bei einer Erhöhung der Beiträge sich beruhigen könne, auf keinen Fall aber dürften die Unterstützungen geschmälert werden. Einzelne Wünsche gingen dahin, daß man sogar noch eine höhere Unterstützungsstufe einrichten möchte. Mit der Verwandlung unserer gegenwärtigen Unterstützungs-einrichtungen in eine „Erwerbslosenunterstützung“ war man zum Teil einverstanden, doch wurde auch hier befürchtet, daß für Einzelne gewisse Härten nicht ausgeschlossen wären, insofern als ein Mitglied, nachdem es verschiedene Wochen arbeitslos war, nun bei einem darauf folgenden Krankheitsfall im Nachteil sei, da jetzt eine Verminderung der Dauer einer Krankenunterstützung eintrete. Inbezug auf die Einführung einer „Delegiertensteuer (Antrag Charlottenburg)“ wurde auch die Einführung des Markensystems gestreift und dasselbe aus praktischen Gründen gutgeheißen. Desgleichen wurde der Antrag Bayreuth (Wahlmodus betreffend) vom Vorsitzenden als praktisch anerkannt, ebenso die Gründung einer besonderen Sterbekasse (Antrag Magdeburg).

sch. **Düsseldorf.** Am Sonntag, den 3. Mai, fand hier die Vertrauensmännerkonferenz des 22. Agitationsbezirks mit folgender Tagesordnung statt: B. richt des Vororts. Bericht der Vertrauensleute. Diskussion über die in der Amesse veröffentlichten Anträge. Verschiedenes. Vertreten waren folgende Zahlstellen: Bonn, Köln, M.-Glabbach, Oberhausen, Duisburg, Ahlen, Hamm und Elberfeld. Gehört haben folgende Zahlstellen: Fürstenberg, Hagen, Wesel und Emmerich. Die beiden ersten sandten ihre Berichte ein. Die beiden letzten nicht. Auf Vorschlag des Vorsitzenden, Genossen Erhardt, wurden die Punkte 1 und 2 als erste Angelegenheiten unter Punkt Verschiedenes gesetzt, da die Anträge zur Generalversammlung doch den wichtigsten Punkt der Konferenz bildeten. Es wurden die Anträge wie sie in der Amesse veröffentlicht sind, diskutiert. Unter Punkt Tagesordnung wurden die Delegierten beauftragt, dafür zu stimmen, daß die Verschmelzungsfrage auf die Tagesordnung gesetzt wird, als sechster Punkt soll „Agitation“ auf die Tagesordnung gesetzt werden. Bei dem Punkt „Mitgliedschaft“ beantragt Genosse Löhner-Bonn zum nächsten Antrag überzugehen und es den Delegierten zu überlassen, sich im Interesse des Verbandes über diesen Punkt entsprechend zu verhalten. „Beitragsfestsetzung“ beantragt Genosse Plate-Ahlen, die Lohnstatistiken sollen bestehen bleiben, jedoch in vereinfachter Form. Der Antrag wird angenommen und sollen unsere Delegierten den Antrag vertreten. „Beiträge und Unterstützung“, hierzu stellt Genosse Fleig-Elberfeld den Antrag, einen obligatorischen Streikbeitrag einzuführen und zwar pro Quartal 30 Pfg., weibliche Mitglieder und Lehrlinge ausgeschlossen. Der Antrag des Hauptvorstandes über Beiträge und Unterstützung wird, nachdem sich fast sämtliche Delegierte dagegen ausgesprochen und denselben als unannehmbar erklärt hatten, auf Antrag des Genossen Utten-Duisburg verworfen und die Delegierten beauftragt, dagegen zu stimmen. G. Fleig stellte den Antrag, dem Antrag Berlin zuzustimmen, das wurde angenommen. Dem Antrag Kahla wurde ebenfalls zugestimmt. Antrag Marktreidwig soll der Delegierte vertreten. Antrag Eisenberg § 19 Ziffer 1 wurde angenommen, ebenso der Antrag Ahlen, § 19 Ziffer 2. Bei Punkt „Aussparungen und Streiks“ wurde den Delegierten anempfohlen zum besten unserer Mitglieder auf der Generalversammlung zu wirken. Desgleichen bei Maßregelungs-Unterstützung. Bei Punkt Zuschußkasse wird der Antrag Ohrdruf-Schwarzenbach, § 23, Ziffer 6 angenommen, gleichfalls der Antrag Ahlen, § 23, Ziffer 1, ebenso der Antrag Ohrdruf, § 23, Ziffer 5. Bei dem „Zwölf-Prozent-Fonds“ wurde dem Antrag des Hauptvorstandes zugestimmt. Zu den Punkten

Rechtsschutz, Zahlstellen, Vorort und Vorstand wurde den Delegierten empfohlen für das, was dem Verbandsorgan am Nützlichsten sei, zu stimmen. Bei Punkt Generalversammlung wurde dem Antrag Koblau zugestimmt. Bei Punkt Verbandsorgan soll der Delegierte den Antrag stellen, daß die Zeitung (Amesse) in lateinischer Schrift hergestellt wird. Betreffs Agitation wurde der Antrag Weiden angenommen. Agitation unter den Gips- und Terrakotta-Arbeitern soll den Delegierten als Material mitgegeben werden. Antrag des 22. Agitationsbezirks Düsseldorf: Das Gegenseitigkeitsverhältnis auf alle Staaten auszudehnen, wurde beschlossen, daß der Delegierte denselben zur Generalversammlung bei passender Gelegenheit als Dringlichkeitsantrag einbringen soll. Zur Gauleiterfrage forderte die Konferenz einen Angestellten für Rheinland und Westfalen. Kollege Utten-Duisburg stellte den Antrag, falls der Gauleiter für Rheinland und Westfalen abgelehnt wird, sofort nach der Generalversammlung eine Vertrauensmännerkonferenz einzuberufen, die sich bloß mit dem Punkt Agitation beschäftigt. Da die Zeit schon zu weit vorgeschritten war, wurde beschlossen von den Berichten des Vororts und der Vertrauensleute abzusehen und dieselben in der Amesse zu veröffentlichen. Jedoch muß einstweilen noch davon abgesehen werden, da einige Delegierte ihre Berichte bis heute noch nicht eingesandt haben. Soffentlich werden die Delegierten das Veräumte in Kürze nachholen. Zum Schluß wies der Vorsitzende die Vorwürfe, die mit Recht die Delegierten gegen den Vorort erhoben hatten, seinerseits zurück mit der Begründung, daß der fortwährende Wechsel in der Agitationskommission die Schuld trüge und selbiges ein ersprießliches Arbeiten ausschließt. Mit dem Wunsche, daß in Zukunft ein gedehliches Arbeiten möglich sei, schloß der Vorsitzende die Konferenz um 7 Uhr.

Kleindembach. Die am 26. April hier selbst stattgefundene kombinierte Versammlung der Zahlstellen, Kleindembach, Fretendorf, konnte im allgemeinen besser besucht sein. Als sich die Kandidaten ihren Wählern vorgestellt, ging man zur Besprechung verschiedener Anträge über. Die Versammlung sprach sich für folgende Punkte aus: 1. Mehr Recht dem Gauleiter und den Zahlstellen. 2. Vorläufige Einstellung eines weiteren Gauleiters für Bayern. 3. Reform des Unterstützungsreglements beziehungsweise der Umzugsgelder. 4. Delegierte von 200 auf 500 Mitglieder zu setzen. 5. Vorort des Verbandes soll Berlin bleiben. 6. Verschmelzung der keramischen Verbände. Über letzteren Punkt entspann sich eine lebhafte Debatte; die Versammlung erblickte in der Verschmelzung der keramischen Verbände einen großen Fortschritt in der modernen Arbeiterbewegung, welcher uns dem großen Ziele näher bringt.

st. **Kolmar i. P.** Am 3. Mai fand hier eine von etwa 250 Personen — Männer und Frauen — besuchte öffentliche Porzellanarbeiter- und Arbeiterinnenversammlung statt, die sich mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen in der kolmarer Porzellanindustrie beschäftigte. Die Lohnverhältnisse haben in sofern eine Verschlechterung erfahren, als die Fabrik Akt.-Ges. ein neues Fabrikat und zwar Isolatoren eingeführt hat und den Arbeitern die geringsten Löhne dafür bietet. So werden für Sorte I 2,25 Mk., für Sorte II 75 Pf. und für Sorte III 60 Pf. den Arbeitern pro 100 Stk. in Akkord angeboten. Für Sorte II und III sind an Arbeiterinnen diese horrenden Löhne ausbezahlt worden und haben diese einen Wochenverdienst von 4—8 Mk. verdient. Den männlichen Arbeitern ist vorläufig noch Tagelohn gerechnet worden und soll nach etwa 14 Tagen die Akkordberechnung beinhalten. Im verflossenen Jahre beklagte sich diese Fabrik, daß der Profit zu gering sei und das Fortbestehen des Betriebes nur aus Mitleid den Arbeitern gegenüber bestände. Dieser Klage wurde amtlicherseits das größte Interesse entgegengebracht. Seitens der Handelskammer Bromberg ist „erweislich“ festgestellt, daß die Unproduktivität in dem kolossalen Arbeitsmangel, welcher angeblich in Kolmar geherrscht, zu suchen sei. Der Landrat, der Regierungspräsident, der Bürgermeister, sowie ein Teil der Stadtverordneten von Kolmar nahmen sich dieser klagenden Gesellschaft an und gelang es seitens der Seehandlungsgesellschaft in Berlin eine Anleihe von 500 000 Mk. als Hypothek für diese armen Unternehmer zu billigem Zinsfuß aufzunehmen. Durch diese Spekulation sollte der Fabrik geholfen und der Profit erhöht werden. So wie aber der Appetit beim Essen kommt, so auch diesen Unternehmern, indem nun für eine abermalige Erhöhung des Profits die armen Arbeiter und Arbeiterinnen kolossale Verschlechterungen im Arbeitsverhältnis erleiden sollen, indem der Lohn auf ein Drittel des früher verdienten herabgesetzt werden soll. Die Stadtverordneten haben für die Produktivität dieses Riesenbetriebes bei erneuter Beleihung dieser erwähnten halben Million eine gewisse Garantie übernommen, indem sie für die Beleihung ihre Zustimmung zu geben hatten. Nun die Enttäuschung, die sich gleichzeitig darin rächt, daß die Kaufkraft in Kolmar geradezu gebrochen wird, in Folge der bedeutenden Lohnreduktion. Die Versammlung legte ein bereites Zeugnis dafür ab, daß sie unter keinen Umständen gewillt ist, sich diese Verschlechterungen im Arbeitsverhältnis gefallen zu lassen. Nun, Kollegen und Kolleginnen! Lange genug haben wir Euch ermahnt der Organisation beizutreten. Lange genug habt Ihr Euch die schmachlichste Behandlung und die erbärmlichste Bezahlung gefallen lassen müssen. Setzt nun, daß ihr allen Ernstes diesen Umständen ein Ende bereiten wollt und tretet Mann für Mann dem Porzellanarbeiter-Verband bei!

k. **Köppelsdorf.** In diesem Jahre feierte die hiesige Zahlstelle den 1. Mai durch Arbeitsruhe am Nachmittage. Am Festzuge, welcher sich durch den Ort bewegte, beteiligten sich 450 Personen darunter eine ganze Anzahl Frauen und Mädchen. Im Garten der Rebhanschen Wirtschaft amüsierten sich die Teilnehmer in zwangloser Weise. Die durch ihre Leistungen berühmte Köppelsdorfer Musikkapelle sorgte für die nötige Feststimmung. Wegen inzwischen eingetretener Regenwetters fand das Fest im Saale seine Fortsetzung. Die Festrede hielt Gen. Zietzsch. Derselbe erzielte mit seinen Ausführungen einen solchen Eindruck, daß viele Zuhörer mit feuchten Augen beobachtet werden konnten. Abends führte der Arbeiterturnverein ein Gemischtes, „den Streikführer“, auf. Dieses Arbeiterstück, welches sich zu diesem Tage recht eignete, gab dem Arbeiterfeste einen würdigen Schluß.

b. **Neuhaldensleben.** Die Zahlstellenversammlung war von 89 Mitgliedern besucht. Kollege Bergmann, welcher schon lange Zeit krank ist, erhielt nach Beschluß der Versammlung wiederum 20 Mark Unterstützung. Die beiden Delegierten, welche zur Vorbereitungsbesprechung betreffs zur Generalversammlung nach Koblau gesendet werden, erhalten 12 Mark Entschädigung. Ferner wurde beschlossen, daß Genossen Schoof,

die 20 Mark, welcher derselbe an 2 Mitglieder ausgezahlt hat, aus dem 12 pSt. Fonds gezahlt werden sollen. Der Delegierte gab nochmals sämtliche von uns gestellte Anträge kund, und versprach, dieselben möglichst inne zu halten, auch für andere für gut befindende Anträge zu stimmen. Genosse Siebert stellte zum Antrag, die Halbsperre über Subbe möchte aufgehoben werden, der Antrag fand einstimmige Annahme.

st. Potschappel. Die hiesige Zahlstelle hielt am 11. April eine öffentliche Versammlung ab. In der Versammlung wurde über die Zentralbibliothek gesprochen. Nach längerer Debatte wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: Der Ausschuss wird beauftragt, sich mit dem Hauptvorstande in Verbindung zu setzen, damit unsere Zahlstellenbibliothek der Zentralbibliothek überwiesen wird. Gleichzeitig wurde auch beschlossen, daß vom Schriftführer ein Buch angelegt wird, worin alle in der Versammlung gefassten Beschlüsse einzutragen sind, und solche auf ein Jahr zurück noch nachgetragen werden. Es entspann sich dann eine erregte Debatte über örtliche, Lohn- und Arbeits-Verhältnisse. Hierbei wurde der Antrag angenommen, daß in den einzelnen Kategorien bei verkürzter Arbeitszeit auf Verlangen voll gearbeitet werden soll, sofern nicht einzelne Kollegen derselben Kategorie aussetzen oder verkürzt arbeiten müssen. Bei der erfolgten Wahl des Delegierten zur Generalversammlung, zu welcher die Kollegen Joseph Otto, Zittau und Kurt Griesbach, Potschappel vorgeschlagen sind, wurde Kollege Griesbach mit 59 Stimmen gewählt.

w. Cettau. Die am 11. April stattgefundene Zahlstellenversammlung war gut besucht. Nachdem die übrigen Punkte erledigt waren, beschäftigte man sich hauptsächlich mit der Generalversammlung und der Aufstellung eines Kandidaten zu derselben. Es wurde Genosse Krauß aufgestellt und auch einstimmig gewählt. Die Zahlstelle ist einstimmig der Ansicht, daß die obligatorische Verbandsversicherung, welche 1907 durch die Mitgliederabstimmung in den Grund getreten worden ist, wieder aufrecht erhalten werden muß, da bei Nichtaufrechterhaltung derselben eine Mindereinnahme befürchtet wird. Desgleichen stimmte die Zahlstelle auch für eine obligatorische Arbeitsvermittlung und für eine obligatorische Streikmarkeneinführung; sie sympathisiert mit dem Antrag Kimmig-Begefac, vierteljährlich einen Beitrag von 20 Pf. zu erheben. Betreffs der Verschmelzung sind die Mitglieder stark dafür gesonnen. Für weitere Gauleiteranstellungen ist die Zustimmung der Zahlstellen besonders für Oberfranken und die Oberpfalz. Einem Antrag, die Kompetenz der Zahlstellenverwaltung zu erweitern und ihre Machtbefugnisse zu verstärken, wurde zugestimmt. Entschieden ist die Zahlstelle aber dagegen, den Verbandssitz von Berlin zu verlegen. Nach weiteren Diskussionen wurde die Versammlung um 1/2 11 Uhr geschlossen.

Sterbetafel.

Altwater. Ernst Gerstenberg, Dreher, geb. 5. Juli 1872 zu Blankenhain, gestorben am 17. April 1908 an der Porzellinerkrankheit. Letzte Krankheitsdauer 43 Wochen.

Wilhelm Gellrich, Dreher, geb. 7. Oktober 1853 zu Schlegel, gestorben am 23. April 1908 an der Porzellinerkrankheit. Letzte Krankheitsdauer 26 Wochen.

Dresden. Wilhelm Klemann, Dreher, geb. 30. Januar 1849, gestorben am 5. Mai 1908 an der Porzellinerkrankheit. Letzte Krankheitsdauer 5 Jahre.

Marktleuthen. Karl Nürnberger, Maler, geb. 11. Oktober 1884 zu Marktleuthen, gestorben am 4. Mai 1908 an Lungen- und Magenleiden. Letzte Krankheitsdauer 11 Wochen.

Ehre ihrem Andenken!

Adressen-Änderungen

Düsseldorf. W. Agt. Robert Erhardt, Friedenstr. 68I bei Hölau. Schf. Emil Schäfer, Siegfstr. 29II.

Markt-Redwitz. W. Johann Steinel, Ober-Redwitz Nr. 22.

Pielau. Schf. und Wirt. Max Wiesel, Fr.

Reichenbach. Schf. Carl Michaelke, Hausnummer 81.

Weißwaller. Rff. Max Krempe, Schleifer, Bismarckstr.

Versammlungs-Anzeigen

Althaldensleben. Sonnabend, 23. Mai, 8 1/2 Uhr. Anträge zur Generalversammlung.

Altwater. Sonnabend, 30. Mai, 8 Uhr, im „Deutschen Kaiser“.

Düsseldorf. Sonnabend, 23. Mai, Gewerkschaftshaus Zimmer 3.

Elgersburg. Sonntag, 24. Mai, nachmittags 3 Uhr, kombinierte Versammlung der Orte Gera, Elgersburg, Roda, Unterpörlitz, Stühlfach, Manebach in Elgersburg im Hotel Strelm.

Frankfurt a. M. Offenbach. Sonnabend, 23. Mai, 8 1/2 Uhr, bei Güttsied, Sachsenhausen, Gr. Rittergasse. Referent Kollege und Gewerkschaftssekretär Schmidt-Herford über die Lage der Porzellanarbeiter.

Garlitz. Sonnabend, 23. Mai, 6 1/2 Uhr, bei Alt Kessel.

Gräfenroda. Sonnabend, 30. Mai, 8 1/2 Uhr, bei Wächter.

Gräfenhal. Sonntag, 24. Mai, 3 Uhr im Schießhaus. Kombinierte Versammlung mit den Zahlstellen Probstzella und Reichmannsdorf. Anträge zur Generalversammlung.

Meuselbach. Sonntag, 31. Mai, nachmittags 3 Uhr, in der Linde.

Mitterteich. Sonntag, 24. Mai, nachmittags 3 Uhr, im Bayr. Hof. Wahlgruppenversammlung der Zahlstellen Mitterteich, Waldsassen, Wieselau und Schirnding. Tagesordnung: Die Generalversammlung.

Neuhaus a. R. Montag, 25. Mai, 8 1/2 Uhr, „Thüringer Hof.“

Nürnberg. Sonnabend, 23. Mai, 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Neue Gasse 13.

Pielau. Sonnabend, 23. Mai, 1/2 9 Uhr, im Vereinslokal.

Spandau. Sonnabend, 23. Mai, 8 Uhr, bei Lumma, Weissenburgerstraße 24.

Cettau. Sonnabend, 23. Mai.

Wallendorf. Sonnabend, 23. Mai, im Hotel. Vortrag.

Anzeigen

Düsseldorf. Unterstüßungen können umständehalber bloß mittags zwischen 12 1/2 bis 1 1/2 Uhr und abends von 1/2 8 Uhr ausgezahlt werden. Der Kassierer.

21. Agitationsbezirk (Frankfurt a. M.). Die Zahlstellen werden zum wiederholten Mal aufgefordert, die Vierteljahrsberichte unverzüglich einzusenden. In Betracht kamen Höhr, Staffel Coblenz und Kassel. Der Vorort.

Pielau. Die Zahlstelle hält Sonntag, den 24. Mai, ihr **Stiftungsfest** mit öffentlichem Ball von nachmittags 4 Uhr im Saale des Herrn Hugo Langer ab. Die Kollegen und Kolleginnen der umliegenden Zahlstellen werden freundlichst dazu eingeladen. (Kollege Langer aus Volkstedt ist anwesend).

Arbeitsgesuche u. Arbeitsangebote kostenlos

Arbeitsmarkt

Offerten-Beförderung nur bei Porto-Einzufügung

Gräfenroda. In den Tonfabriken von Karl Mächter, Louis Romelch und Eckardt & Menz sind Kollegen entlassen worden, darum möchten wir die Kollegen der Branche ersuchen, sich bei Arbeitsaufnahme zuvor bei der Zahlstelle zu erkundigen.

Arzberg. Kollegen, welche gesonnen sind, hier in Arbeit zu treten, werden dringend ersucht, sich vorher bei der Zahlstellenverwaltung zu erkundigen.

Döbeln. Maler, speziell der Blech- und Lackierwarenbranche werden ersucht, bei eventuellen Engagements nach hier, vorher bei der Zahlstellenverwaltung über die hiesigen Verhältnisse Erkundigungen einzuholen. Porto wird vergütet.

Cassel. Kollegen, welche gewillt sind, in Cassel in Arbeit zu treten, werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, sich vorher bei der Verwaltung zu erkundigen, einerlei was für eine Branche.

Maler, tüchtig und gewandt sofort oder später für größere Lackierwarenfabrik Süddeutschlands gesucht. Nur solche, welche im selbständigen Entwerfen neuer, moderner Muster bewandert sind, wollen sich mit Angabe ihrer Lohnansprüche, ihres Alters und ihrer seitherigen Tätigkeit bewerben unter R. G. 450 an die Redaktion der „Ameise“.

Schriftenmaler bei gutem Gehalt für dauernd sofort gesucht. Zeichnungen und Gehaltsansprüche an P. S. Beithe, Ostseebad Kolberg.

Schriftenmaler, tüchtig auf Emailleschilder, eingearbeitet in Farb- und Reliefchrift findet sofort dauernde Beschäftigung. Gest. Offerten sind zu richten an P. Gierschke, Rheinbdt bei Düsseldorf, Parkstr. 50II.

Tüchtiger Drucker sucht sich zu verändern. Gest. Offerten unter G. R. 10 an die Expedition der „Ameise“ erbeten.

Preis der Zeitschriften
Pettzette 80 Pfennig

Geschäfts-Anzeigen

Vorauszahlung
ist Bedingung

Goldschmiedere, verdicktes Glanzgold und iontliche goldhaltigen Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung. Man verlange Prospekte. **Emil Böhme, Eisenberg S.-H.** Heltestes Geschäft dieser Art.

Goldschmiedere, sowie goldhaltige Lappen,

Pinzel, Paletten, Flaschen, Näpfe usw. werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mk. 60 Pfg. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt. **H. Haupt, Dresden-H., Gneisenaustr. 6.**

Goldschmiedere, Goldflaschen und alle goldhaltigen Sachen kauft zu höchsten Preisen bei pünktlicher reeller Bedienung. **Oskar Rottmann, Stadtilm in Thüringen.**

Staubgold, Goldwatte, Glanzgold

und alle in der Vergoldung vorkommenden Abfälle kauft zu höchsten Preisen **S. Salomon, Berlin E., Schillingstraße 21/22, Ecke Kaiserstraße.** Sendungen und Aufträge werden postwendend erledigt.

Herausgeg. v. Verbände d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Red. u. Verlag: Friz Zietzsch, Charlottenburg, Charlottenburger Ufer 56
Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Guerickestr. 21.